

# Beilage zu Nr. 47 des General-Anzeigers

Kemberg, den 19. April 1919.

Acht- und neunzigtausend deutsche Volksgenossen, in allen Teilen der Welt zerstreut, befinden sich vor dem körperlichen und seelischen Zusammenbruch. Ihnen die letzten Monate der Gefangenschaft erleichtern, ihre Kraft dem Vaterlande zu erhalten und ihnen zu helfen, sobald sie zurückkehren ist das Gebot der Stunde! Seit längerer Zeit waren bereits verschiedene Bestrebungen im Gange, um die hierfür notwendigen Mittel anzubringen. Leider war infolgedessen eine Zersplitterung eingetreten. Jetzt haben sich ersreilicherweise alle in Betracht kommenden Organisationen, insbesondere das Rote Kreuz und der Volksbund zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen usw., zusammengeschlossen, um auf einheitliche Grundlage unter der Bezeichnung „Deutsches Hilfswerk für die Kriegs- und Zivilgefangenen“ eine großartige Sammlung in die Wege zu leiten. Es darf erwartet werden, daß trotz der durch die schweren Zeiten jedermann auferlegten Opfer, sich alle Kreise nach besten Kräften an der Sammlung beteiligen dieser einen ähnlichen Erfolg gewährleisten werden, wie dies bei anderen großen Sammlungen der Fall war. Ueber 15 Millionen sind allein seit der Revolution angewendet worden. Weitere große Mittel werden vom Reich fortlaufend zur Verfügung gestellt. Trotzdem kann die private Fürsorge unter seinen Umständen entbehrt werden. Die eigentliche Opferwoche wird in den ersten Tagen des Monats Mai in ganz Deutschland zu gleicher Zeit veranstaltet. Ueber die Verwendung der Geldmittel verfügt der Arbeitsausschuß der Reichszentralstelle für die Kriegs- und Zivilgefangenen, dem Vertreter aller größeren Organisationen, der Gefangenenfürsorge sowie des Volksbundes angehören, so daß jede Gewähr für eine sachgemäße Verwaltung und eine Verwendung der gesammelten Geldmittel im Sinne der Spender gegeben ist. Reichspräsident Ebert eröffnet die Sammlung für das „Deutsche Hilfswerk“ mit einer namhaften Spende.

## Aus der Heimat und dem Reich.

Kemberg, den 19. April 1919

\* Personenverkehr an den Feiertagen. Nach einem hahnamtlichen Telegramm ruht am Ostermontag in Bergwitz der Personenverkehr vollständig. Am Ostermontag verkehren folgende Züge: in Richtung Berlin nachmittags 4 Uhr und abends 7<sup>30</sup>, in Richtung Halle nachmittags 4<sup>15</sup>. Alle übrigen Züge fallen aus. Die Kleinbahnzüge fallen deshalb am 1. Feiertag auch aus. Am 2. Feiertag verkehren die Züge 5—8 und zwar

320	645	ab	Kemberg	an	453	818
338	704	an	Bergwitz	ab	485	800

\* Fahrtausweise. Wie uns mitgeteilt wird, werden die Ausweise für Eisenbahnfahrten von jetzt ab von dem Betriebsleiter unserer Kleinbahn ausgestellt.

\* Gemeinnütziger Verein. Zum Bericht in Nr. 43 vom 10. April wird, um irrthümlicher Auffassung zu begegnen, zusätzlich bemerkt, daß es im Schlußsatz des Berichtes sich handelt um die Wiedereinlegung nicht des Juges, der nach wie vor verfehrt, sondern seiner Benennung von Seiten der Post. Wittenberg. Schwerverwundete Austansgefingene trafen auf den Bahnhof ein. Sie kamen über Konflanz aus Südfrankreich. Der Transport bestand aus etwa 100 Verwundeten. Davon war ein Tril in Halle geblieben. In die Wittemberger Lazarette wurden 62 Verwundete aufgenommen. Der Volksbund zum Schutze unsere Kriegsgefangenen und das Rote Kreuz waren für herliches Willkommen besorgt gewesen und beglückten und erfrischten die tapferen Krieger, die in hoher Zahl den Vorlauf von Gliedmaßen beklagen und auch sonst schwere Verwundungen aufwiesen. Die weit aus größte Zahl der Heimgekehrten beklagte sich über das Verhalten der Franzosen in ihrer Gefangenschaft.

## Öeffentliche Stadtverordneten-Sitzung

vom 15. April 1919.

5. Gesuch um Ueberlassung einer Ackerparzelle. Die Herren Roy Schälze und Hermann Schiede haben den Antrag gestellt, ihnen eine Ackerparzelle aus dem Moorbadader, welcher jetzt brach liegt, zum Pachtpreise von 12 M. zu überlassen, die Pacht aber für das erste Jahr zu erlassen, da gegenwärtig zuviel Unkraut auf dem Acker steht. Der Magistrat schlägt die Verpachtung vor. Stv. Reimcke widerspricht der Verpachtung, er beantragt vor der Verpachtung dann erst das Unkraut von der Stadt aus entfernen zu lassen. Stv. Huhn schlägt vor, dieses Ackerstück dem hiesigen Plegenzhüterverein als Weideplatz zu überlassen. Die Versammlung lehnt das vorliegende Gesuch ab. Wegen Ueberlassung an den Plegenzhüterverein wird ein weiterer Antrag abgemastet.

6. Genehmigung und Bewilligung von Mitteln zu einer Sanftschilinie. Um den Ruhgassenweg zu vorbereiten, sollen von dem H. Dünqueschen Gartengrundstück 20—22 qm abgetrennt werden. Dünques ist mit der Abtrennung einverstanden, wenn ihm ein neuer Gartenzaun geliefert und die Aufwendungen für die bereits angefangene Mauer ersetzt werden. Stv. Hamann beantragt, nur den Gartenzaun herstellen zu lassen, die Entschädigung für die angefangene Mauer aber abzulehnen. Diefem Antrage schließen sich die Stv. Quilitzsch und Rudloff an. Die Versammlung nimmt den Antrag Hamann an.

7. Antrag um Genehmigung zur Einfahrt zu einem Grundstück. Schlossermeister Otto Matthoff bittet die Einfahrt zu seinem Grundstück an die Backseite legen zu dürfen, die notwendigen Bauten am Mühlbach will er auf seine Kosten ausführen lassen. Von der Baukommission wird die Zulassung des Mühlbaches bis zum Ruhgassenweg in Anregung gebracht, die eine bedeutende Verbesserung des Straßenbildes zur Folge haben würde, und auch sehr bald dringend erforderlich sein dürfte. Stv. Rudloff befürwortet die Zulassung des Baches, ganz besonders aber aus technischen Gründen die Zulassung der Matthoff'schen Seite, da die Arbeiten zur Sicherung der Einfahrt bei einer späteren Zulassung überflüssig z. T. sogar erschwerend sind. Er regt an, einen Teil der Kosten Herrn Matthoff zu übertragen. Die Versammlung stimmt dem Antrage zu, beschließt die Zulassung des Mühlbaches an der Matthoff'schen Seite und überweist die weitere Zulassung der Baukommission als Material.

8. Bewilligung von Mitteln zur Einfriedigung von Schmuckplätzen. Die Einfriedigung des neu angelegten Schmuckplatzes in der Burgstraße ist dringend erforderlich. Nach einer kurzen Aussprache über die Art der Einfriedigung werden die Kosten für diese bewilligt, bezgleichen für die Einfriedigung der Spitze vor dem Wohnhaus in Klemitz, die Herr Bartholmann als Schmuckplätze ausbauen will. Bei dieser Gelegenheit macht Stv. Pabe auf das kahle Aussehen des Rindlabers auf dem Markt aufmerksam. Durch kleinere Anpflanzungen und ähnliches ließe sich auch hier eine sehr gute Wandlung schaffen und er bittet Herrn Bürgermeister Diehe, auch dieses im Auge behalten zu wollen. Herr Bürgermeister Diehe erklärt sich gern dazu bereit.

9. Gesuch des Friedhofswärterers um Erhöhung der Gehälter. Der Friedhofswärter hat den Antrag gestellt, in Anbetracht der erhöhten Lohnsätze und der Lebensverhältnisse die Gehälter für die Herstellung der Gräber wie folgt zu erhöhen: für ein Erdbegräbnis auf 12 M., für ein großes Grab auf 8 M., für ein großes Rindergab auf 4,50 M. und für ein kleines Rindergab auf 3 M. Der Magistrat schlägt vor, den Betrag für ein Erdbegräbnis auf 15 M. zu erhöhen und die Kosten für die übrigen Gräber entsprechend zu erniedrigen, den Betrag für die Reinigung der Wege von 75 M. auf jährlich 150 M. zu erhöhen. Stv. Knaal tritt für die Erhöhung ein, würde es aber auch begründen, wenn der Friedhofswärter von der Stadt besoldet wird und die Begräbniskosten dann von der Stadt eingezogen würden. Jetzt fiele es einzelnen Familien schwer, die hohen Begräbniskosten zu zahlen. Stv. Huhn tritt ebenfalls für die Erhöhung ein, hat aber Bedenken gegen die Erniedrigung der Sätze für die Reihengräber im Gegensatz zu den Erdbegräbnissen, welche





wohl seltener vorkommen würden und dadurch das Einkommen des Wärters geringes sein würde. Stv. Bode spricht sich für die Erhöhung aus, wünscht aber eine sorgsame Pflege des Friedhofes, welcher infolge seiner eigenartigen Anlage eine Gesundheitsgefahr darstellt. Die Versammlung genehmigt das Gesuch.

10. Antrag der Ueberlandzentrale Anhalt am Strompreis-erhöhung. Die Ueberlandzentrale Anhalt hat den Antrag gestellt, den Strompreis um weitere 2 Pf. für die Kw.-Runde zu erhöhen, sodaß sich der Preis für die Stadt dann auf 15,8 Pf. stellen würde. Stv. Barth gibt Auskunft über eine Unterredung mit dem Direktor des Werkes, aus der er die Notwendigkeit der Erhöhung herleitet. Er stellt jedoch den Antrag, die Erhöhung aber erst vom 1. April ab zu zahlen und nicht, wie von der Zentrale beantragt, ab 1. Januar. Senator Becker erklärt, daß die Erhöhung keinen Einfluß auf den jetzigen Verbraucherpreis habe und bittet, ebenfalls der Erhöhung zuzustimmen. Die Versammlung genehmigt das Gesuch im Sinne des Antrages Barth.

11. Befreiung des Schulgeldes für die gehobene Abteilung. Das Schulgeld soll wieder auf die alten Höhe erhöht werden. Stv.-B. Dulligsch erklärt, daß die gehobene Abteilung ein Schmerzenskind der Stadt sei, und daß die Schule von dem Besetzter der Idee am wenigsten unterstützt wird, da diese ihre Kinder auf auswärtige Schulen schicken. Stv. Anst. wünscht die baldige Auflösung der gehobenen Abteilung, es soll jedem Kinde nach seinen Fähigkeiten eine gute Schulbildung ermöglicht werden ohne Rücksicht auf des Vaters Einkommen zu nehmen. Stv.-B. Dulligsch fährt die Gründe an, die damals für die Schaffung einer gehobenen Schule angeschlossen waren, die heute aber bei der Parole „Freie Bahn dem Tüchtigen“ keine große Bedeutung haben. Die Schaffung der Einheitschule würde dann auch hier Wandel schaffen. Die Versammlung beschließt die Erhöhung des Schulgeldes.

12. Einführung der durchgehenden Arbeitszeit für die städt. Beamten. Dem Magistrat wird der Antrag gestellt, die Arbeitszeit für die Beamten von 8—4 Uhr und Sonnabends von 8—3 Uhr festzusetzen. Stv. Bode spricht gegen die Einführung der durchgehenden Arbeitszeit von so langer Dauer. Es ist unmöglich, mit gekügelter Frische 8 Stunden hintereinander zu arbeiten, die Abgespanntheit könnte dann leicht in Unzufriedenheit gegen die Bürgererschaft ausarten. Da aber die durchgehende Arbeitszeit besonders aus finanziellen Gründen zu empfehlen sei, so schlägt er durchgehende Arbeitszeit von 8—3 Uhr, oder die Zeit von 8—4 Uhr mit einer einständigen Pause vor. Die einständige Pause wird allgemein als zu kurz angesehen. Die Versammlung beschließt daher, die Arbeitszeit von 9—12 und von 2—4 Uhr festzusetzen. Sollte diese Arbeitszeit in gewissen Zeiten sich als zu kurz erweisen, so erhofft die Versammlung, daß die Beamten auch über die festgesetzte Zeit zur Erledigung der Arbeit bereit sein werden.

13. Vom Stv.-B. Dulligsch wurde angelegt, im laufenden Wirtschaftsjahr alle Haushaltungen mit einer bestimmten

Menge Holz zu einem festzusetzenden Preise zu beliefern. Angekündigt von dieser Lieferung sollen die Haushaltungen werden, die einen eigenen größeren Holzplan haben oder die Holzverwertung betreiben. Stv. Anst. erklärt, daß ein derartiger Antrag wohl ohne weiteres angenommen werden müßte, und daß derjenige Stadtverordnete wohl am längsten sein Amt gehabt haben dürfte, der gegen diesen Antrag stimmen würde. Der Wunsch nach einer Holzteilung sei in Remberg allgemein. Stv. Hahn spricht sich im Prinzip gegen diesen Antrag aus, denn die meisten Haushaltungen kommen mit dem zugekauften Holz doch noch nicht aus, und da läme es dann für den erhöhten Preis für den Meter auch nicht mehr darauf an. Er bittet, die Auktionen beizubehalten und den erteilten Mehrbetrag dann für die Einrichtung von Wohlfahrtsvereinigungen wie Badeanstalt usw. zu verwenden. Für diese Sachen würde er seine Stimme jederzeit geben. Stv. Barth erinnert daran, daß durch die Bergwitzer Kohlenwerke die Stadt eine große Summe gespart hat, die sonst für die Arbeitslosenunterstützung hätte ausgegeben werden müssen. Diese Summe könnte sehr leicht zur Einrichtung von Wohlfahrtsvereinigungen herangezogen werden. Herr Krantzwart teilt mit, daß nicht geschlagen werden darf, was die Stadt will, sondern die Menge des zu schlagenden Holzes wird von der Regierung festgesetzt. Die Stv. Dulligsch und Vahlen sind der Ansicht, daß die Regierung keine Schwierigkeiten wegen des Mehrbetrages machen würde, solange die Holzalamität besteht und auch in der Kohlenversorgung keine Besserung eintritt. Die Stv. Hähne und Hahn regen an, die Zuteilung von einer bestimmten Stufe der Einkommensteuer an vorzunehmen. Stv. Hähne macht noch darauf aufmerksam, daß eine ganze Anzahl Landwirte im Verhältnis billiges Holz in der Königl. Forst gekauft haben, es wäre daher sehr wünschenswert, wenn die Haushaltungen, die mit genügendem Holz versehen sind, auf die Zuteilung verzichten würden. Stv. Anst. redt für Berechtigung zur Zuteilung vielleicht eine zweiährige Einwohnerchaft in Remberg an. Herr Bürgermeister Dieke schlägt eine Holzbestandsaufnahme vor, nach dieser soll dann die Zuteilung erfolgen. Er bittet, die Anzeigung des Stv.-B. Dulligsch dem Magistrat als Material zu überweisen, damit eine Vorlage ausgearbeitet werden kann, die möglichst weite Kreise zufriedensstellen soll. Die Versammlung erklärt sich einverstanden.

14. Stv. Hähne ersucht, in diesem Jahre mehr Armenholz anzufahren zu lassen. Die Zuteilung des Armenholzes im letzten Winter sei sehr gering gewesen.

15. Stv. Rudloff bittet, die Einrichtung eines Bades im Kuno zu behalten, in dem auch medizinische Bäder veranlagt werden können. Wenn heute in Krankheitsfällen ein derartiges Bad notwendig ist, muß eine Reise nach Wittenberg unternommen werden, die den Erfolg des Bades sehr häufig in Schaden umwandelt. Stv.-B. Dulligsch macht auf die Badeeinrichtung der Kolkerei aufmerksam, die bisher sehr wenig von der Bürgerchaft benutzt wird. Vielleicht ließe sich mit der Kolkerei ein Abkommen treffen. Herr Bürgermeister

Dieke ist dann für Errichtung eines bädertischen Bades. Stv. Hahn bekräftigt die Anregung.

16. Stv. Bode bringt die Rißkünde zur Sprache, die sich bei den Brunnen bemerkbar machen, und die nicht zum freudigen Wasserholen einladen. Die Brunnen sind jetzt häufig Tummelplätze für Hunde usw. Eine Renberung ist wohl von heute auf morgen nicht zu erwarten, jedoch sollte die Errichtung einer Wasserleitung nicht aus dem Auge gelassen werden, zumal bei einer Anzahl von Brunnen das Wasser nicht einwandfrei ist. Stv.-B. Dulligsch regte eine Reinigung der Brunnen und Aufschüttung mit Kies an. Hieran würde eine Besserung eintreten.

17. St.-B. Dulligsch stellt den Antrag, auf dem Trocken- und Bleichplatz auf Stadtkloster Trockenpfehle stellen zu lassen. Herr Bolke sagt Abhilfe zu, gleichzeitig teilt er mit, daß in diesem Jahre am Schützenhans und am Richterischen Grundstück anhilfswiese einige Trockenpfehle gestellt werden sollen. Im nächsten Jahre soll auf dem von der Stadt gekauften Gehmannschen Grundstück ein bädertischer Trockenplatz für die Bewohner der Leipzigerstraße eingerichtet werden. In diesem Jahre wird dieses Grundstück noch zum Anbau von Gemüsen benutzt.

Schluß der öffentlichen Sitzung  $\frac{1}{2}$  10 Uhr.

Hierauf geheime Sitzung.

Redaktion, Druck und Verlag: Richard Arnold, Remberg.

### Arztliche Nachrichten.

Sonntag, den 20. April. (1. Oftertag.)

Kollekte für das Kaiser Friedrich-Siechenhaus in Wittenberg.

1. Remberg.

Vorm. 9 Uhr: Hauptgottesdienst. Propst Meyer.

Nachm. 1 Uhr: Gottesdienst. Hochschule Schulze.

2. Gommio.

Vorm.  $\frac{1}{2}$  9 Uhr: Beichte.

Vorm. 9 Uhr: Gottesdienst. Archid. Schulze.

Hierauf Feiern des heiligen Abendmahls.

Montag, den 21. April (2. Oftertag.)

Kollekte: In Remberg für den Kirchbaufonds, in Gommio für das Eckardtshaus in Eckartsberga.

1. Remberg.

Vorm. 9 Uhr: Hauptgottesdienst. Archid. Schulze.

Nachm. 1 Uhr: Gottesdienst. Propst Meyer.

2. Gommio.

Vorm. 9 Uhr: Gottesdienst. Propst Meyer.

Die nächste Nummer gelangt am Mittwoch abends 6 Uhr zur Ausgabe.

